

# Integrationspolitische Leitlinien

## **Inhaltsverzeichnis**

Politische Partizipation ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik .....	3
Ausbau der Angebotsstruktur und interkulturelle Öffnung im Bereich Bildung, Erziehung und Spracherwerb .....	4
1. Schule und Elementarbereich .....	4
2. Studium .....	5
3. Spracherwerb .....	6
Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit.....	6
Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Wohnraum und Verbesserung der Angebotsstruktur im Sozialbereich.....	8
Verbesserter Zugang zu kulturellen Angeboten der Stadt Leipzig .....	9
Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologien .....	10
Ausblick .....	11

## **Einleitung**

Migration ist kein neues Phänomen. Seit Jahrtausenden bewegen sich Menschen über den gesamten Erdball. Die Anzahl derer, die aufgrund äußerer Umstände zum Verlassen ihres Herkunftslandes gezwungen sind, übersteigt dabei deutlich die Zahl derer, die aus gänzlich frei gewählten Gründen ihren Wohnort wechseln. Kriege, Naturkatastrophen und das Handeln menschenfeindlicher Regime sowie Verfolgung und Diskriminierung führen dazu, dass Menschen fliehen. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus haben sich die Motive für Migrationsprozesse noch verschärft und sind dringender denn je geworden. Die mit ihm verknüpften Symptome wie Armut und Hunger veranlassen jeden Tag unzählige Menschen auszuwandern, um sich in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen einen neuen Lebensmittelpunkt zu suchen.

In Leipzig wohnen ca. 42.000 Menschen mit Migrationshintergrund, aus 164 Ländern, das sind 8,4 % der Gesamtbevölkerung. Viele sind hier geboren, andere sind gekommen, um hier zu studieren oder zu arbeiten, um bei ihrer Familie zu sein oder weil ihre Existenz in ihrem Herkunftsland bedroht war. Sie haben unterschiedliche Geschichten und Bedürfnisse.

Vor diesem Hintergrund muss Integrationspolitik bedeuten, dass die Gesellschaft allen in ihr lebenden Menschen gleiche Teilhabemöglichkeiten und Zugangschancen gewährt. Das setzt zum Einen eine rechtliche Gleichstellung voraus, also die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Teilhabe, und zum Anderen die Entwicklung von Maßnahmen, welche die Menschen auch praktisch zur Teilhabe befähigen.

DIE LINKE setzt sich in der Stadt Leipzig für eine bessere und wirkungsvollere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund als "wirkliche Mitbürger\_innen" am politischen, gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben ein. Wir wollen eine Integrationspolitik, die sich an den Grund- und Menschenrechten orientiert, unabhängig vom Aufenthaltsstatus einer Person, in deren Mittelpunkt Humanität steht und nicht die ökonomische Verwertbarkeit eines Menschen. Wir möchten die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten ausbauen, strukturelle Hürden langfristig abbauen und fordern ein ganzheitliches Förderinstrumentarium, das sich an den individuellen Bedürfnissen und Potentialen einer Person orientiert. Linke Integrationspolitik soll eine Alternative zu der bisherigen repressiven und selektiven Politik darstellen. Dazu gehört auch, dass wir allen rassistischen Stereotypen entschlossen

entgegengetreten. Wir lehnen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung ab und verwahren uns gegen eine Schwarz-Weiß-Sicht von Eigen- und Fremdkultur. Ebenso muss die Logik, welche behauptet "den Migrantinnen und Migranten" Angebote zu machen, um letztlich deren Nicht-Inanspruchnahme negativ sanktionieren zu können, verworfen werden. Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft. Diesem Fakt muss auch die Politik Rechnung tragen.

### **Politische Partizipation ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik**

Schwerpunkt eines jeden Integrationspapiers muss die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund sein, da sie eine unerlässliche Bedingung für die praktische Umsetzung politischer Entscheidungen bzw. demokratischer Integrationsprozesse darstellt. Wir sind überzeugt, dass die Beteiligung aller Menschen (unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus) mit Wohnsitz in Leipzig an politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist.

DIE LINKE. Leipzig fordert:

- dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen mit Erstwohnsitz in Leipzig einsetzt, die mindestens sechs Monate in der Stadt wohnen.
- dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für eine Erleichterung der Einbürgerung einsetzt (für einen Abbau von Hürden wie Wartefristen, Gesinnungstests oder überhöhten Anforderungen an Sprachkenntnisse und landeskundliches Wissen)
- dass die Stadt Leipzig umfassend über das Thema Einbürgerung informiert sowie Hilfe und Beratung bei der Antragstellung leistet
- eine Erweiterung der Rechte und Befugnisse des Leipziger Migrantenbeirates als Partner des Stadtrates und der Stadtverwaltung (Rederecht, Recht auf Auskunft, Konsultation und regelmäßiger Kontakt zu den Ämtern, dem Jobcenter, der Ausländerbehörde usw.)
- dass sich die Stadt Leipzig für die demokratische Wahl der Mitglieder des Migrantenbeirates durch in Leipzig lebende Migrant\_innen und die dafür notwendige Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung einsetzt

Wir unterstützen die Aktivitäten des Sächsischen Migrantenbeirates und dessen Positionspapier „Für eine demokratische Integration in Sachsen“.

DIE LINKE. Leipzig fordert von der Stadt Leipzig:

- den Ausbau des zivilgesellschaftlichen Engagements von Einzelpersonen, Selbstorganisationen, Vereinen, Einrichtungen und Initiativen durch finanzielle Förderung sowie Beratungsangebote zum besseren Management
- stärkere logistische Unterstützung der Aktivitäten der Vereine für eine bessere Einbeziehung der Migranten in die Gesellschaft
- mehr Aufklärungsarbeit über politische Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten Dazu sind die Einrichtung eines umfassenden mehrsprachigen Informationssystems, Bildungsangebote und die Einbindung politischer Bildung in Sprach- und Integrationskurse ein Ansatz.

DIE LINKE. Leipzig setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien ein. Deswegen muss es unser Ziel sein, Migrantinnen und Migranten eine bessere Mitarbeit in den eigenen Parteistrukturen zu ermöglichen.

## **Ausbau der Angebotsstruktur und interkulturelle Öffnung im Bereich Bildung, Erziehung und Spracherwerb**

### **1. Schule und Elementarbereich**

Im Bereich Erziehung und Bildung muss es unser Ziel sein, in einem hoch selektiven Bildungssystem gegen die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen oder ökonomischen Status zu kämpfen. Bildung und Erziehung muss vielmehr auf den individuellen Voraussetzungen des Kindes basieren und in enger Zusammenarbeit mit Eltern und Bildungsinstitution individuell abgestimmte Fördermöglichkeiten entwickeln. Dabei dürfen mögliche fehlende Sprachkenntnisse nicht als bestimmendes Defizit wahrgenommen werden, sondern Kindern und Jugendlichen muss es ermöglicht werden, in einer gemeinschaftlichen Lernatmosphäre von- und miteinander zu lernen. Potentiale müssen dabei gefördert werden. Vielfalt muss erfahren und gelebt werden.

DIE LINKE. Leipzig fordert:

- Erzieher\_innen, Lehrer\_innen und Schulleiter\_innen müssen schon während ihrer Ausbildung oder später durch regelmäßige Weiterbildungsangebote interkulturelle Kompetenzen erwerben
- die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen: Einstellen von Erzieher\_innen und Lehrer\_innen mit Migrationshintergrund, Öffnung der Fördervereine für Eltern mit Migrationshintergrund, Öffnung der Schulen in die Gesellschaft (Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen), Auf- und Ausbau eines vielseitigen, interkulturell Ganztagsangebotes
- die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, mehrsprachige Informationen für Eltern
- eine feste Verankerung von Sprach- und Kulturmittlern in Bildungseinrichtungen
- die kommunale Unterstützung des Kompetenzzentrums für sprachliche Bildung bei Ausbau, Aufbau eines Weiterbildungsangebotes und Vernetzung mit Leipziger Bildungseinrichtungen (als Resultat des FörMig-Projektes zum Aufbau schul- und bildungsrelevanter sprachlicher Fähigkeiten und Sprachförderung an bildungsbiographischen Schnittstellen)
- den Ausbau und die Qualitätssicherung des Deutsch als Zweitsprache- und des herkunftssprachlichen Unterrichtes

## **2. Studium**

Ausländische Studierende sind besonders im Bachelor- und Mastersystem einem großen Druck ausgesetzt. Versiegt die finanzielle Hilfe der Eltern oder das Stipendium des Herkunftslandes, haben sie keine Möglichkeit sich ein Einkommen selbst zu erarbeiten oder ein Stipendium zu bekommen. Außerdem gibt es aufgrund von mangelnder interkultureller Kompetenzen seitens der Hochschulen oft Einstiegsprobleme. Die Folge ist eine hohe Abbrecherquote. Nach dem Studium sind die Absolvent\_innen verpflichtet innerhalb eines Jahres eine Arbeit zu finden, deren Entlohnung über dem Satz für soziale Transferleistungen liegt. Bei der derzeitigen Arbeitsmarktsituation in Leipzig ist das kaum zu schaffen.

DIE LINKE. Leipzig fordert:

- dass sich die Stadt Leipzig für die Sensibilisierung und den Erwerb von Interkulturellen Kompetenzen von Mitarbeiter\_innen, Dozent\_innen und Professor\_innen der Hochschulen und der

Universität einsetzt

- Maßnahmen und Überbrückungshilfen für Studierende in Notsituationen, um einen Studienabbruch zu verhindern
- eine Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Hochschulen, zur Verbesserung des Zugangs zu Praktika und Sensibilisierung von Unternehmen für die Kompetenzen der Studierenden
- dass die Stadt Leipzig Maßnahmen entwickelt, um die Studierenden mit Migrationshintergrund in der einjährigen Übergangsphase nach dem Studium bei der Arbeitssuche effektiv zu unterstützen, um eine Ausweisung zu verhindern
- dass die Stadt Leipzig sich bei den zuständigen Gremien für eine Verlängerung des Zeitraums zur Arbeitssuche nach dem Studium auf zwei Jahre einsetzt

### **3. Spracherwerb**

Um den Erwerb der deutschen Sprache für Menschen mit Migrationshintergrund auf hohem Niveau abzusichern, fordert DIE LINKE. Leipzig:

- die Verbesserung des Informations- und Beratungssystems über das Angebot von Sprach- und Integrationskursen, die Träger sowie die Förderungsmöglichkeiten
- Abbau von Hürden zur Teilnahme an Integrationskursen (kürzere Wartezeiten, Fahrtkostenerstattung, Kinderbetreuung)
- die Qualitätssicherung von Integrationskursen (bessere Niveaueinstufung, kleinere Klassen)
- die Schaffung von Anschluss- und Konversationsangeboten, um das erworbene sprachliche Niveau zu halten und zu verbessern (Angebote bis B2 oder sogar C1 Niveau)
- 600 Stunden Integrationskurs für Empfänger von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, die sonst keinen Anspruch auf Integrationskurse haben

### **Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit**

In unserer Gesellschaft ist der Zugang zu Ausbildung und Lohnarbeit Voraussetzung für viele Teilhabemöglichkeiten. Gerade vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass Menschen mit Migrationshintergrund überproportional benachteiligt werden was den Zugang zum ersten und

zweiten Arbeitsmarkt betrifft.

Um dieser Benachteiligung entgegenzutreten fordert DIE LINKE. Leipzig:

- eine Mindestquote für Beschäftigte und Auszubildende mit Migrationshintergrund in der städtischen Verwaltung und den Eigenbetrieben, die sich an deren Anteil an der Gesamtbevölkerung Leipzigs orientiert
- dass die Stadt Leipzig darauf hinwirkt, dass in den städtischen Unternehmen (z.B. Stadtwerke, KWL, LVB) ebenfalls eine solche Quote eingeführt wird
- dass die Stadt Leipzig gezielte Informationssysteme und Angebote hinsichtlich ihrer Stellenausschreibungen, Ausbildungsplätze, Praktika entwickelt und Hürden für Bewerber\_innen mit Migrationshintergrund abbaut
- Schulungen und Weiterbildungen für Mitarbeiter\_innen der Ämter, der Eigenbetriebe und Unternehmen, um Diskriminierung, Rassismus und Voreingenommenheit vorzubeugen sowie interkulturelle Kompetenzen zu erwerben
- Förderprogramme für einen Berufseinstieg insbesondere derjenigen, die sonst von Abschiebung bedroht sind, weiterzuführen und auszubauen, wie beispielsweise das Programm „Rescue“
- Maßnahmen, die eine Einstiegsqualifizierung mit dem Nachholen von schulischen Abschlüssen verbinden
- dass die Stadt Leipzig strukturelle Hürden zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für geduldete Drittstaatenangehörige und Asylsuchende im Rahmen ihrer Möglichkeiten abbaut
- dass sich die Stadt Leipzig für eine Anerkennung von außerhalb der Bundesrepublik erworbenen Abschlüssen einsetzt
- die Vermittlung von gezielten Weiterbildungsangeboten, um den erlernten Beruf hier ausüben zu können
- ein umfassendes Berufsberatungs- und Stelleninformationssystem gezielt ausgerichtet auf die Potentiale (z. B. Sprache, Vorbildung, Beruf) und Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund
- die Gleichberechtigte Vergabe von Stellen und Weiterbildungen im Jobcenter
- die Schulung von Mitarbeiter\_innen des Jobcenter, um Stereotype und Diskriminierung zu vermeiden, Einstellung von Mitarbei-



ter\_innen mit Migrationshintergrund und Sprachmittler\_innen im Jobcenter

- die Unterstützung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher unabhängig vom vorhandenen Aufenthaltsstatus
- die Anonymisierung des schriftlichen Bewerbungsverfahren (Name und Bild betreffend) in der Verwaltung, in städtischen Betrieben und eine Kampagne für die Anwendung dieser Praxis in Unternehmen
- die Verbesserung des Informations- und Beratungsangebotes für Selbstständige (Hilfe bei Erstellung von Geschäftsplänen usw.)

### **Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsversorgung, zu Wohnraum und Verbesserung der Angebotsstruktur im Sozialbereich**

Migrantinnen und Migranten sind im Schnitt noch stärker von Armut und Ausgrenzung betroffen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund dieser spezifischen Lage müssen gezielte Reaktionen folgen, um im Rahmen der kommunalpolitischen Möglichkeiten Wege aus Ausgrenzung und Verarmung zu finden. Die Stadt Leipzig soll sich zudem als Mosaikbild verschiedener urbaner Lebensweisen verstehen.

DIE LINKE. Leipzig fordert:

- dass sich die Stadt Leipzig für Förderung und Unterstützung solcher Vereine und Initiativen einsetzt, die sich um die Gesundheitsversorgung besonders ausgegrenzter und benachteiligter Migrant\_innen kümmern
- mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote im Gesundheits- und Sozialwesen, die Einrichtung eines Sprachdienstes, auf den Ärzte und Angehörige des Gesundheitswesens zurückgreifen können,
- die Sensibilisierung städtischer Gesundheitseinrichtungen zu asyl- und ausländerrechtlichen Regelungen mit dem Ziel, die medizinische Versorgung zu verbessern
- den Ausbau des Angebotes von psychologischer Betreuung von Asylbewerber\_innen
- die Ausdehnung der Betreuungs- und Beratungsangebote auf die Belange von Migrant\_innen, interkulturelle Öffnung der Beratungs- und Betreuungseinrichtungen
- Kooperation und Vernetzung, Öffnung in die Gesellschaft sowie

Fortbildungen der Mitarbeiter\_innen im Bereich Altenpflege

- die Schulung der Sozialberater\_innen und -arbeiter\_innen im Hinblick auf Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz sowie zu Kenntnissen zu asyl- und ausländerrechtlichen Regelungen
- die Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die sich der sozialen Beratung von Migranten widmen, sowie ihre mediale und finanzielle Unterstützung,
- bezahlbare Wohnungen in jedem Stadtteil
- dass sich die Stadt Leipzig bei den zuständigen Gremien für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerber\_innen in Wohnungen, die den Bedürfnissen der jeweiligen Personen entsprechen, einsetzt
- freie Wohnungswahl für Empfänger von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz im Rahmen der Vergabekriterien
- dass sich die Stadt Leipzig für eine Abschaffung der Residenzpflicht in Sachsen in Übereinstimmung mit dem Menschenrecht auf Freizügigkeit einsetzt
- den verstärkten Einsatz von Quartiersmanagements und Unterstützung lokaler Selbstorganisationen vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen
- die Förderung und den Erhalt von Freizeit- und Jugendzentren
- Erhalt des Leipziggpasses
- Die Leipziger Verkehrsbetriebe erweitern die mehrsprachigen Durchsagen in TRAMs und Bussen mindestens um die Sprache Russisch

### **Verbesserter Zugang zu kulturellen Angeboten der Stadt Leipzig**

Allen Menschen muss die Teilhabe an kulturellen Angeboten sowie die Schaffung eigener Angebote in Leipzig ermöglicht werden. Dies betrifft sowohl den Bereich Hochkultur als auch Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Das Kulturangebot in Leipzig muss dabei die Heterogenität der Gesellschaft widerspiegeln. Wir verwahren uns aber gegen eine antagonistische Wahrnehmung von Eigen- und Fremdkultur sowie die Reproduktion und kollektive Zuschreibung kultureller und ethnischer Stereotype.

DIE LINKE. Leipzig fordert:

- von der Stadt Leipzig und ihrer kulturellen Eigenbetriebe, die Erschließung von Möglichkeiten, um Migrantinnen und Migranten zu erreichen (z. B. mehrsprachige Informationen über Angebot und Kostenstruktur)
- den Ausbau von günstigen und kostenlosen Angeboten, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen (z. B. durch die Einrichtung von Kulturpatenschaften im Bereich Hochkultur, Schaffung von kostenlosen „vor Ort Kulturangeboten“ für besonders sozial benachteiligte kinderreiche Familien)
- eine umfassende Förderung und Beratung von Selbstorganisationen und Vereinen sowie die Unterstützung bei der Beantragung und Umsetzung von Kulturveranstaltungen und Projekten
- die Einbeziehung von Selbstorganisationen und Vereinen an Planung und Umsetzung von städtischen Kulturveranstaltungen
- Interkulturelle Öffnung von Kulturinstitutionen, Vereinen und Organisationen
- die Förderung von Besuchen in Leipziger Kultureinrichtungen im Rahmen von Integrationskursen (z. B. ein Kennenlernpaket)
- die Förderung von internationalen Kultur- und Dialogprojekten (besonders Jugendbegegnungen, um Voreingenommenheiten abzubauen)
- den Ausbau städtischer Programme mit entsprechender finanzieller Ausstattung, um durch kulturelle Projekte und Veranstaltungen Antidiskriminierungsarbeit zu leisten und zu befördern (z. B. Lokaler Aktionsplan)

### **Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen menschenfeindliche Ideologien**

Auch in Leipzig gehören Abwertung und Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund zum traurigen Alltag. Dies reicht von tätlichen Angriffen bis hin zu institutioneller bzw. struktureller Diskriminierung (Benachteiligung von Migrant\_innen, die in die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen als auch in deren organisatorische Abläufe festgeschrieben ist). Rassistische Denk- und Handlungsweisen sind zudem in der gesamten Gesellschaft verbreitet, d. h. bestimmen das Denken von weiten Teilen der Bevölkerung und äußern sich in alltäglicher Abwertung von Menschen, z. B. im öffentlichen Raum oder in Lokalmedien. Die Schaffung einer Kultur der Antidiskriminierung ist somit eine

Querschnittsaufgabe, die mit Nachdruck befördert/betrieben werden muss.

Die LINKE. Leipzig fordert deswegen:

- die systematische Veröffentlichung und Dokumentation von Diskriminierungsfällen durch die Stadt Leipzig bzw. Unterstützung von entsprechenden zivilgesellschaftlichen Projekten wie chronik.LE und RAA Sachsen/ Leipzig
- die Sensibilisierung von Stadtverwaltung, Behörden jeder Art, Arbeitgeber\_innen, Vermieter\_innen, Lehrer\_innen und Erzieher\_innen durch Weiterbildungsangebote (interkulturelle Kompetenz/ Antidiskriminierung)
- die Einbindung von interkultureller Bildung/interkultureller Kompetenz, Selbstermächtigung und Beteiligung von Migrant\_innen als Qualitätsstandards bei der Vergabe von städtischen Fördermitteln an Vereine
- die ideelle und finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen für Menschen, die Diskriminierungserfahrungen machen mussten, für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt sowie anderen Unterstützungs- und Selbstermächtigungsstrukturen
- die finanzielle Absicherung des in seiner Existenz bedrohten, sachsenweit einzigartigen Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
- die Schaffung von langfristigen städtischen Fördermöglichkeiten (unabhängig von Bundes- und Landespolitik) für antirassistische und interkulturelle Projekte, dabei sollte darauf geachtet werden, dass auch kleine oder von Jugendlichen betriebene Initiativen unkompliziert und unbürokratisch unterstützt werden
- die gezielte Unterstützung von antirassistischer Fanarbeit im Sport und insbesondere Fußballbereich

### **Ausblick**

Die vorliegenden Integrationspolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. Leipzig sind als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Sie stehen am Anfang eines Prozesses, in dem sie als Vorlage für einen Dialog mit Migrantinnen und Migranten, Initiativen und Vereinen dienen. Gemeinsam mit diesen zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen die Integrationspolitischen Leitlinien abgestimmt und weiterentwickelt werden.

## **Hinweise und Erklärungen**

### **Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB)**

Das Antidiskriminierungsbüro (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung. Das ADB bietet Beratung, Mediation und vermittelt Betroffene ggf. in Fachberatungsstellen oder auch an RechtsanwältInnen. Darüber bietet das ADB Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu Antidiskriminierungsrecht, präventiven Strategien gegen Benachteiligung, Mobbing, interkultureller Kompetenz oder Diversitykonzepte.

### **chronik.LE**

Projekt zur Dokumentation zu faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Übergriffen und Ereignisse in und um Leipzig. Daneben erscheinen regelmäßig Analysen und Hintergrundtexte. Ist eine AG des Leipziger Vereins "Engagierte Wissenschaft e. V."

### **FörMig**

Programm zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

### **LAP**

Lokaler Aktionsplan. Lokale Aktionspläne sind Bestandteile des Bundesprogrammes "Toleranz fördern - Kompetenz stärken". Es zielt darauf ab ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz finanziell zu fördern. Leipzig hat den LAP in die kommunale Gesamtstrategie „Ort der Vielfalt.“ implementiert. Jährlich werden in diesem Rahmen Projekte gefördert, die Vielfalt und Toleranz stärken und Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegenzutreten.

### **Menschen mit Migrationshintergrund**

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (auch Migranten) zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

## **RAA Sachsen**

Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. ist Träger von Opferberatungsstellen für Betroffene rassistischer und rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. Sie bieten Beratung, Begleitung und Unterstützung und arbeiten parteilich für die Betroffenen. Jährlich gibt die RAA Sachsen eine Statistik über rassistische und rechtsmotivierte Gewalttaten heraus.

## **Sprachniveaustufen**

Die Sprachniveaustufen werden im europäischen Referenzrahmen von A1 bis C2 angegeben. Die Einzelnen Stufen bedeuten: A1: vertraute alltägliche Ausdrücke und Sätze mit konkreten Bedürfnissen werden verstanden und können angewandt werden. A2: Verstehen von häufig gebrauchten Sätzen und Ausdrücken im Bereich der unmittelbaren Bedeutung. B1: Bei Verwendung von klarer Standardsprache werden Hauptpunkte verstanden, wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule und Freizeit geht. B 2: Verstehen von Hauptinhalten komplexer Texte zu konkreten und abstrakten Themen. C1: Verstehen eines breiten Spektrums anspruchsvoller, auch längerer Texte und deren implizierte Bedeutung. C2: Alles kann mühelos verstanden werden.



**Impressum:**

Herausgeber: DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 14064411, fax: 0341 14064411, email: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de), web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
Die Leitlinien wurden auf der 3. Tagung des 2. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig am 18. Juni 2011 beschlossen.